

EU-Nachrichten

 08
2017

KURZ & KNAPP

Schutz vor Terror 3

Mit neuen Suchsystemen
Informationslücken schließen

IM FOKUS

Digitaler Binnenmarkt 5

Klare Regeln für das „Internet der Dinge“

Konjunkturprognose 6

Wachstum in Europa hält weiter an



Der Erfolg innovativer Unternehmen, die etwa computergesteuerte Roboter einsetzen, kann helfen, hochwertige Arbeitsplätze in der EU zu sichern.

© Shutterstock

NACHBARSCHAFTSPOLITIK

Neuer Ansatz wird positiv bewertet

Das Ende 2015 geänderte Konzept zur Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarn im Süden und Osten bewährt sich. Das geht aus einem von der EU-Kommission vorgelegten Bericht zur Nachbarschaftspolitik hervor. Die neue Strategie zeichne sich aus durch „eine stärkere Betonung gemeinsamer Interessen, eine stärkere Differenzierung, die die Unterschiedlichkeit unserer Partner widerspiegelt, ein stärkeres Gefühl der Eigenverantwortung für die Politik und mehr Flexibilität bei der Umsetzung“, sagte der für Nachbarschaftspolitik und Erweiterung zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn.

Hauptziel der EU ist die Stabilisierung ihrer Nachbarländer. Dazu bietet sie Unterstützung bei der wirtschaftlichen Entwicklung, bei Konfliktverhütung und Terrorismusbekämpfung an. Auch Migrationssteuerung, Energieversorgungssicherheit und Klimaschutz stehen weit oben auf der Agenda.

Europäische Nachbarschaftspolitik

DISKUSSIONSPAPIER ZUR GLOBALISIERUNG

Vorteile sollen bei mehr Menschen ankommen

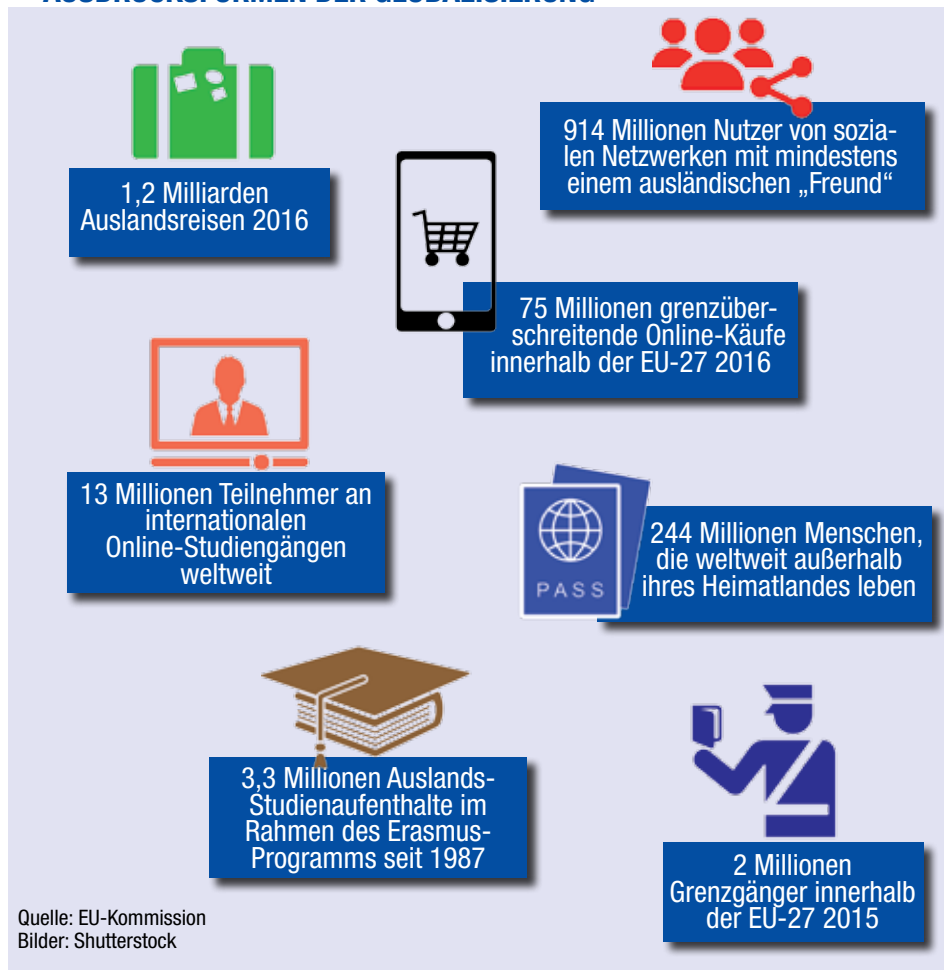
Die Globalisierung der Weltwirtschaft ist nach Überzeugung der EU-Kommission nicht aufzuhalten, und die europäische Wirtschaft profitiert insgesamt davon. „Das hat für unsere Bürgerinnen und Bürger jedoch wenig zu bedeuten, wenn die Vorteile nicht gerecht und gleichmäßiger verteilt werden“, sagte der Erste Vizepräsident der Kommission, Frans Timmermans bei der Vorstellung des Reflexionspapiers „Die Globalisierung meistern“.

> Bei den grundlegenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft werde es Gewinner und Verlierer geben, und die EU müsse für eine bessere Verteilung der Globalisierungsgewinne sorgen, heißt es in dem Reflexionspapier, mit dem die Kommission die Diskussion anstoßen will. Im September wird Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der EU konkrete Vorschläge zur Gestaltung der Globalisierung machen, kündigte Timmermans an. „Europa muss dazu beitragen, das globale Regelwerk umzuschreiben, sodass aus Freihandel ein fairer Handel wird. Auf diese Weise wird die Globalisierung nachhaltig und kommt allen Menschen in Europa zugute“, sagte Timmermans. „Gleichzeitig müssen wir unsere Politik darauf ausrichten, dass den Menschen die Bildung

und die Qualifikationen vermittelt werden, die sie brauchen, um mit der Entwicklung unserer Volkswirtschaften Schritt zu halten.“ Eine bessere Umverteilung, soziale Sicheretzetze der Mitgliedstaaten und der EU – wozu etwa der EU-Globalisierungsfonds und die EU-Strukturfonds beitragen – sollten verhindern, dass Menschen in der EU abgehängt werden, so Timmermans.

Das Reflexionspapier geht über die reine Handelspolitik hinaus. Daher sollen die EU-Institutionen gemeinsam mit Mitgliedstaaten, Regionen und internationalen Partnern in die Lage versetzt werden, die weltweiten Spielregeln so mitzubestimmen, dass EU-Unternehmen auf rasch wachsenden internationalen Märkten florieren können. >>

AUSDRUCKSFORMEN DER GLOBALISIERUNG



durchzusetzen, wirksame Handelsschutzinstrumente zu entwickeln und gegen unfaire Wettbewerber einzusetzen sowie für internationale Handelsstreitigkeiten einen unabhängigen und transparent arbeitenden multilateralen Investitionsgerichtshof aufzubauen. Katainen verwies auf Fortschritte beim Kampf für fairen Steuerwettbewerb im Rahmen der G20. Timmermans betonte, die EU müsse ihre Werte, Normen und sozialen Standards gegen unfaire Konkurrenz verteidigen.

Wenn man fairen Handel wolle, müsse es zum Beispiel Regeln geben, die verhindern, dass Produktpreise durch Kinderarbeit unterboten werden. Firmen, die hohe EU-Standards in „innovativen und flexiblen Wirtschaftssystemen“ erfüllen, wie der deutsche Mittelstand, könnten sich auch weltweit behaupten, meint die Kommission.

Als Stärken bei der Gestaltung der Globalisierung hebt sie etwa die Sozialsysteme in Skandinavien hervor, die für eine angemessene Balance zwischen flexiblen Arbeitsmarktregeln und einer sozialen Absicherung bei Jobwechsel und Arbeitslosigkeit sorgten. Gelobt werden auch Bildungssysteme wie etwa das e-School-System Estlands, das dazu beitrage, junge Menschen mit deutlich besseren technischen Kompetenzen auszustatten als die Generation ihrer Eltern, was sich in den PISA-Studien der OECD zeige. Auch die duale Berufsausbildung in Deutschland wird gelobt. Sie stelle sicher, „dass Auszubildende die Kompetenzen erwerben, die in Unternehmen wirklich benötigt werden“. (frh) >

Reflexionspapier zur Globalisierung

Neue Chancen für Millionen

Die Globalisierung hat nach Angaben von OECD und Weltbank Hunderte Millionen Menschen in der ganzen Welt aus Armut befreit und ihnen neue Perspektiven eröffnet. Besonders seit den 1990er Jahren ist demnach die Zahl der Menschen, die weniger als 1,90 US-Dollar am Tag zum Leben haben, stark gesunken – um gut eine Milliarde. Ganze Regionen und Länder hätten sich wirtschaftlich entwickeln können, wodurch die Globalisierung auch zur Förderung von Stabilität, Demokratie und Frieden beigetragen habe, heißt es im Bericht der EU-Kommission.

>> Die Europäer seien „stark mit den globalen Wertschöpfungsketten verflochten und bleiben ein Schwergewicht, auch wenn andere Mächte die Bühne betreten“, heißt es in dem Papier. Um mithalten zu können, müssten die Europäer die Chancen neuer Technologien wie Robotertechnik und Digitalisierung nutzen. Innovative und „weltführende Spitzenunternehmen“ würden gebraucht. „Durch ihren nachhaltigen Erfolg entstehen zu Hause mehr und bessere Arbeitsplätze für unsere Bürgerinnen und Bürger“, schreibt die Kommission. Diese müssten dabei unterstützt werden, sich die „richtigen Kompetenzen und Fertigkeiten anzueignen.“

Abschottung ist keine Lösung

Abschottung sei kein gangbarer Weg. Auf Dauer könne sich die EU nicht durch Protektionismus schützen, das habe die Geschichte gezeigt. Die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre sei ein mahnendes Beispiel für die Gefahren von Abschottung, heißt es im Papier der Kommission. Sie sei durch einen Protektionismus nach dem Prinzip „wie du mir, so ich dir“ verschärft worden und habe letztlich zum Ausbruch des

Zweiten Weltkriegs beigetragen. Die EU habe durch Protektionismus besonders viel zu verlieren, denn schon jetzt stamme ein Drittel ihres Nationaleinkommens aus Handel mit dem Rest der Welt. Schätzungen zufolge könne eine Zunahme von Handelsschranken um 10 Prozent das EU-Nationaleinkommen um 4 Prozent schmälern. Der Zugang zu neuen Produkten, Dienstleistungen, Technologien und Ideen wäre den Europäern erschwert, und Preiserhöhungen würden besonders ärmere Bevölkerungsschichten treffen.

Untersuchungen zeigten zudem, dass in offeneren Volkswirtschaften die Einkommen der Menschen nicht ungleicher verteilt seien als in denen, die sich stärker abschotteten. „Eher umgekehrt“, sagte Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen. „Man kann und muss die Globalisierung gestalten“, betonte er.

Standards international durchsetzen

Dazu gehört für die Kommission etwa, auf internationaler Ebene Regeln gegen Steuerflucht, unzulässige Beihilfen oder Sozialdumping

SCHUTZ VOR TERROR UND KRIMINALITÄT

Neue Suchsysteme sollen Informationslücken schließen

Bei einem Bürgerdialog in Berlin (Foto) hat der für die Sicherheitsunion zuständige EU-Kommissar Julian King Fragen beantwortet, welchen Beitrag die EU für den Schutz ihrer Bürger leisten kann und wie Terroranschläge oder Straftaten erschwert werden können. „Menschen die uns schaden wollen, kooperieren grenzüberschreitend. Um sie zu fassen, müssen wir zusammenarbeiten“, sagte King. Die Mitgliedstaaten würden selbst mehr Kooperation wollen, und dies sei auch im Rahmen der bisherigen EU-Verträge möglich.

Bereits zuvor hatte die Kommission ein Konzept vorgestellt, wie erreicht werden kann, dass Polizei und Grenzschutz bei der Überprüfung von Personen möglichst auf alle wichtigen Informationen zugreifen können, die in zentralisierten EU-Informationssystemen vorhanden sind. Im Zentrum steht die Entwicklung technischer Möglichkeiten, die eine Suche

in allen relevanten Datenbanken zugleich erlauben soll, unter Beachtung der Datenschutzregeln. Ein weiteres System soll den Abgleich biometrischer Merkmale zwischen verschiedenen Datenbanken erlauben. Und ein gemeinsamer Speicher für Identitätsdaten wie Geburtsdaten oder Passnummern soll Erkenntnisse bringen, ob Personen in verschiedenen Datenbanken unter verschiedenen Identitäten registriert sind. Mit Blick auf die jüngste weltweite Cyberattacke kündigte King zudem an, dass die EU-Cybersicherheitsstrategie von 2013 schneller als bisher geplant überarbeitet werden soll.



© Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin/Matthias Kern

■ [Bürgerdialog zur Sicherheitsunion](#)

WUCHERPREISE FÜR KREBSMITTEL

EU-Kommission geht gegen Hersteller vor

Die EU-Kommission geht erstmals einem Verdacht auf ungerechtfertigt hohe Preise in der Pharmaindustrie nach. Ihr lägen Hinweise vor, dass der südafrikanische Generikahersteller Aspen Pharma seine marktbeherrschende Stellung bei fünf lebenswichtigen Medikamenten zur Krebsbehandlung missbraucht habe, begründete die Kommission. Um Preiserhöhungen „von bis zu mehreren hundert Prozent“ durchzusetzen, habe das Unternehmen in einigen Mitgliedstaaten sogar die betroffenen Arzneimittel vom Markt genommen und in anderen damit gedroht. Im EU-Kartellrecht ist es verboten, unangemessene Preise oder andere Geschäftsbedingungen zu erzwingen.

Die Untersuchung der Kommission erstreckt sich auf alle Länder des Europäischen Wirtschaftsraums, bis auf Italien. Die dortige Kartellbehörde hatte gegen Aspen bereits Ende September Sanktionen in Höhe von 5 Mio. Euro verhängt, nachdem Preiserhöhungen für Anti-Krebs-Mittel von bis zu 1.500 Prozent festgestellt worden waren. Betroffen sind mehrere Wirkstoffe für die Behandlung bestimmter Krebserkrankungen wie Blutkrebs. Aspen hatte die Nischenarzneimittel nach Auslaufen ihres Patentschutzes vom britischen Hersteller GlaxoSmithKline gekauft.

■ [Preise für Krebsmittel unter der Lupe](#)

NEUE EU-KOMMISSARIN

Mariya Gabriel soll für Digitale Wirtschaft zuständig sein

Die bulgarische Europaabgeordnete Mariya Gabriel soll EU-Kommissarin werden und das bis Ende letzten Jahres vom Deutschen Günther Oettinger geführte Ressort „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“ übernehmen. Das gab Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nach einem Gespräch mit Gabriel bekannt, bei dem er sie auf ihre Eignung als Kommissionsmitglied prüfte. Die 37-Jährige wurde von der bulgarischen Regierung als neue Kommissarin aus dem Land vorgeschlagen. Bulgarien stellt kein Mitglied des Kommissionskollegiums, seit Kristalina Georgiewa zum Jahresende zur Weltbank wechselte.

Gabriel soll in der Kommission den Aufbau des digitalen Binnenmarkts vorantreiben und eine „innovative europäische Gründungswelle“ in Gang bringen, ließ Juncker verlauten. Sie ist seit 2009 Abgeordnete im Europäischen Parlament und seit 2014 Vizepräsidentin der christdemokratischen EVP-Fraktion. Bevor Gabriel ernannt werden kann, wird sie vom Europäischen Parlament angehört, dessen Bewertung Juncker berücksichtigen muss. Die Anhörung im EP soll laut Kommission in den kommenden Wochen stattfinden. Die endgültige Ernennung erfolgt durch den EU-Ministerrat.

■ [Neue EU-Kommissarin aus Bulgarien](#)

PKW-MAUT IN DEUTSCHLAND

Vertragsverletzungsverfahren wird beendet

Das EU-Vertragsverletzungsverfahren wegen der Einführung der Pkw-Maut in Deutschland wird eingestellt. Nachdem Deutschland im Mai das Infrastrukturabgabegesetz geändert hat, ist die EU-Kommission zu dem Schluss gekommen, dass Deutschland damit die Bedenken wegen einer Diskriminierung von Ausländern ausgeräumt hat. Im Dezember vergangenen Jahres hatten sich EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt in der Mautfrage auf eine Lösung geeinigt, die für alle Autofahrer gilt. Damit wurden die seit Jahren andauernden Meinungsverschiedenheiten über die rechtliche Ausgestaltung der geplanten Pkw-Maut in Deutschland beigelegt.

Kernpunkt der Änderungen ist, dass Fahrzeugbesitzer aus Deutschland bei der Kfz-Steuer nicht mehr um genau den gleichen Betrag entlastet werden, den sie als Maut zahlen müssen, sondern dass die Steuersenkung je nach Umweltstandard der Autos gestaffelt wird. Ziel der Kommission sei gewesen, „die Steuer von der Straßenbenutzungsgebühr zu entkoppeln“, hatte Bulc betont. Die ursprünglich vorgesehenen Preise für Kurzzeitvignetten, die häufig von Ausländern gekauft werden dürften, wurden zudem gesenkt.

■ [Verfahren gegen Deutschland beendet](#)

Kompetenzen von EU-Institutionen und Mitgliedstaaten geklärt



Für die meisten Fragen in Handelsverträgen sind die EU-Institutionen zuständig, urteilte der Europäische Gerichtshof.

> Der EuGH hat die Kompetenzverteilung nun am Beispiel des seit 2013 fertig verhandelten Abkommens der EU mit Singapur untersucht. „Dies gibt uns die sehr willkommene und dringend benötigte Klarheit darüber, wie die EU-Verträge auszulegen sind“, kommentierte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström den Richterspruch. „Das Gutachten stellt uns für die Zukunft auf eine solide Basis“, erklärte sie.

Nationales Veto in zwei Bereichen

Für weite Teile des Singapur-Abkommens sieht der EuGH eine ausschließliche Zuständigkeit der EU, für zwei Teile allerdings nicht. Dazu zählt der umstrittene Investitionsschutzmechanismus zur Regelung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten. Eine solche Regelung entziehe Streitigkeiten der gerichtlichen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und könne daher nicht ohne deren Einverständnis eingeführt werden, heißt es in dem Gutachten. Der EuGH sieht auch keine alleinige Zuständigkeit der Union für Vorschriften über so genannte Portfolioinvestitionen.

Bei diesen Anlageformen wollen die Kapitalgeber von den Gewinnen ausländischer Unternehmen profitieren, etwa über Obligationen oder Anteile an Immobilienfonds, diese aber nicht beeinflussen oder kontrollieren. Nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der Union hat die EU nur die Zuständigkeit für ausländische Direktinvestitionen, die eng mit Unternehmensbeteiligungen verbunden sind, nicht aber für andere ausländische Investitionen. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur wurde bereits im September 2013 paraphiert. Da sich

Kommission und EU-Staaten in der Ratifizierungsfrage nicht einigen können, schaltete die Kommission schließlich im März 2015 den EuGH ein. Dieser hat nun entschieden, dass für die meisten Fragen in Handelsverträgen die EU-Institutionen zuständig sind. „Nur die beiden oben genannten Aspekte wurden ausgenommen“, betonte der Europaabgeordnete Helmut Scholz (Linke). „Damit hat das Gericht den Mitgliedstaaten widersprochen, die wie Deutschland in ihren schriftlichen Stellungnahmen noch viele weitere Bereiche in ihrer Mitsprache sehen wollten“, sagte er. Auch Daniel Caspary (CDU) wies darauf hin, dass der EuGH die Entscheidungskompetenz über Themen wie Verkehr, nachhaltige Entwicklung oder Urheberrechte der EU-Ebene und nicht den Mitgliedstaaten zuspreche.

Separate Verträge denkbar

Caspary regte an, bei der Mandatserteilung für künftige Freihandelsgespräche klar zu trennen und separate Abkommen auszuhandeln über die Bereiche in der EU-Verantwortung und diejenigen in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. „Das würde unsere Handlungsfähigkeit erhöhen und gleichzeitig im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der verschiedenen politischen Ebenen deutlicher machen“, erklärte der Europaabgeordnete. EU-Handelskommissarin Malmström kündigte an, sie wolle mit Mitgliedstaaten und Europaparlament zusammenarbeiten, „um festzulegen, wie wir künftig vorgehen.“ Zunächst will die Kommission das Rechtsgutachten gründlich analysieren.

Die Handlungsfähigkeit der EU-Institutionen in der internationalen Handelspolitik wird gestärkt. In einem von der EU-Kommission angeforderten Gutachten hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) geklärt, wann ein Freihandelsabkommen allein von Europäischem Parlament und EU-Staaten gebilligt werden kann und wann alle nationalen Parlamente beteiligt werden müssen, weil in dem Abkommen nationale Kompetenzen berührt werden. Diese Frage ist mit Blick auf Freihandelsabkommen der EU „neuen Typs“, die sich nicht mehr nur auf den Abbau von Zöllen und nichttarifären Hürden beschränken, kontrovers diskutiert worden. Etwa bei der Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kanada.

Der deutsche Verband der Chemischen Industrie (VCI) begrüßte die von den Richtern geschaffene Klarheit und erklärte, die Verhandlungsmandate für künftige Abkommen müssten die vom EuGH vorgegebenen Zuständigkeiten widerspiegeln. So könne die EU in Zukunft „Hängepartien“ bei der Ratifizierung vermeiden, wie beim Abkommen mit Kanada, sagte Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann.

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries zeigte sich gegenüber Journalisten zufrieden mit dem Richterspruch. Das Mitspracherecht nationaler Parlamente – einschließlich des Bundestags – bei Freihandelsabkommen sei nun sichergestellt, erklärte sie. (frh/ste) >

Freihandelsabkommen mit Singapur

Abkommen mit Kanada

Bei der Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) hat die EU-Kommission den EU-Staaten auf deren Wunsch hin bereits ein parlamentarisches Mitentscheidungsrecht zugestanden. Der von Europäischem Parlament und EU-Ministerrat gebilligte größte Teil des Vertrags tritt zunächst vorläufig in Kraft. Ausgenommen bleiben davon Bereiche, die nationale Kompetenzen berühren, etwa das Kapitel zum Investorenschutz. Vollständig angewendet werden kann CETA erst nach der Ratifizierung durch alle zuständigen nationalen Parlamente in der EU.

Auch das „Internet der Dinge“ braucht klare Regeln

Der Aufbau eines Binnenmarktes für die digitale Wirtschaft soll das Wachstum in der EU gehörig ankurbeln. In den vergangenen zwei Jahren hat die EU-Kommission 35 Gesetzesvorschläge und Initiativen präsentiert, um die Hürden für die Zukunftsbranche abzubauen. Nun hat sie Bilanz gezogen und die nächsten Schritte angekündigt. Dabei soll es um den Austausch von nicht personenbezogenen Daten – etwa zwischen Maschinen –, um Cybersicherheit und um die Regulierung von Online-Plattformen gehen. Der zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip schlug zudem vor, die Strategie für den digitalen Binnenmarkt in zwei Jahren zu aktualisieren, um neuen Technologien und Herausforderungen gerecht werden zu können.



Der Datenaustausch zwischen Maschinen dürfte künftig stark zunehmen. Die EU-Kommission strebt einen soliden rechtlichen Rahmen dafür an.

> Im Herbst will die Kommission einen Gesetzesvorschlag zum grenzüberschreitenden Fluss nicht personenbezogener Daten vorschlagen, die nicht von der Datenschutzgrundverordnung erfasst sind. Laut Kommission könnte der Wert der Datenwirtschaft bis 2020 auf 739 Mrd. Euro steigen, was rund 4 Prozent des EU-BIP entspräche – vorausgesetzt, die Daten können ohne Hindernisse über die Grenzen zirkulieren.

„Wir haben auf EU-Ebene bereits strenge Vorschriften für den Schutz personenbezogener Daten beschlossen; jetzt müssen wir für den freien Fluss nicht personenbezogener Daten sorgen, um die Vernetzung von Fahrzeugen und digitalen Gesundheitsdiensten zu ermöglichen“, sagte Ansip. „Wir brauchen Hochleistungsrechner und digital geschulte Arbeitnehmer, um das Beste aus der Datenwirtschaft zu machen. Alle diese Aspekte sind für Europas digitale Zukunft von zentraler Bedeutung.“ Ansip zufolge wird erwartet, dass es in der EU bis 2020 rund sechs Milliarden Haushaltgeräte gibt, die an das „Internet der Dinge“ angebunden sind, über das eine Vielzahl gerätebezogener Daten ausgetauscht werden.

Cybersicherheit auf dem Prüfstand

Bis September will die Kommission die bestehende Strategie zur Cybersicherheit überprüfen. Verschärfte Vorgaben seien unter anderem für Big Data und Cloud-Anwendungen erforderlich, heißt es. Geplant sind auch Sicherheitsstandards für die vernetzten Geräte. Sollte die

EU keine Antwort auf diese Herausforderung finden, drohe ein Verlust von bis zu 640 Mrd. Euro der potenziellen EU-Wertschöpfung, erklärte die Kommission. Ansip appellierte an die Nutzer, sich auch selbst mit dem Thema Cybersicherheit auseinanderzusetzen.

Mit einer dritten Initiative will die Kommission gegen missbräuchliche Vertragsklauseln und unlautere Handelspraktiken bei Online-Plattformen vorgehen, etwa bei sozialen Netzwerken, Hotelbuchungsplattformen oder Vermittlern von Dienstleistungen. Über 40 Prozent kleiner und mittelgroßer Unternehmen klagten über unklare Vorschriften der Plattformbetreiber und könnten keinen direkten Zugang zu ihren Nutzern haben, sagte Ansip. Bis Jahresende soll ein Vorschlag vorliegen, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann. Ansip hält zudem einen koordinierten Ansatz im Umgang mit Hassmails und Fake News für erforderlich. Beispielsweise müsse es einheitliche Vorgaben für die Entfernung illegaler Inhalte geben.

Enorme Wachstumschancen

Der digitale Binnenmarkt gehört zu den obersten Prioritäten der Juncker-Kommission. Würde er reibungslos funktionieren, könnte er laut Kommission mit 415 Mrd. Euro jährlich zur EU-Wirtschaftsleistung und zur Schaffung hunderttausender neuer Arbeitsplätze beitragen.

Noch viele Hürden beim Online-Handel

Mithilfe des EU-Wettbewerbsrechts geht die Kommission unterdessen gegen Geschäftspraktiken vor, die den grenzüberschreitenden Online-Handel erschweren. „Diese Einschränkungen können die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher begrenzen und niedrigere Preise im elektronischen Handel verhindern“ erklärte Wettbewerbskommissarin Margarethe Vestager bei der Vorstellung eines Untersuchungsberichts.

Im Handel mit Verbrauchsgütern beklagt sich über die Hälfte der befragten Einzelhändler über mindestens eine vertragliche Verkaufsbeschränkung. Dies sind Preisvorgaben oder Beschränkungen in Bezug auf Online-Marktplätze, die laut Kommission besonders oft in Deutschland und Frankreich bestehen. Etwa jeder zehnte Händler gab an, dass er vertraglich daran gehindert sei, über Preisvergleich-Websites zu verkaufen. Beschränkungen des grenzüberschreitenden Verkaufs gibt es vor allem bei Kleidung, Schuhen und der Unterhaltungselektronik.

Im Handel mit digitalen Inhalten werden rund 60 Prozent der Anbieter von den Rechteinhabern verpflichtet, ihr Angebot nicht für Nutzer aus anderen Mitgliedstaaten zugänglich zu machen. Zur teilweisen Abschaffung dieser Geschäftspraxis liegt inzwischen ein Gesetzesvorschlag der Kommission vor. (frh/ste) >

▮ *Strategie zum digitalen Binnenmarkt*

Wirtschaftliche Erholung in Europa geht in das fünfte Jahr

EU-FRÜHJAHRSPROGNOSE 2017

	> 2016			> 2017			> 2018		
	Haus- halts- saldo	Gesamt- verschul- dung	BIP	Haus- halts- saldo	Gesamt- verschul- dung	BIP	Haus- halts- saldo	Gesamt- verschul- dung	BIP
BE	-2,6	105,9	1,2	-1,9	105,6	1,5	-2,0	105,1	1,7
DE	0,8	68,3	1,9	0,5	65,8	1,6	0,3	63,8	1,9
EE	0,3	9,5	1,6	-0,3	9,5	2,3	-0,5	9,6	2,8
IE	-0,6	75,4	5,2	-0,5	73,5	4,0	-0,3	72,7	3,6
GR	0,7	179,0	0,0	-1,2	178,8	2,1	0,6	174,6	2,5
ES	-4,5	99,4	3,2	-3,2	99,2	2,8	-2,6	98,5	2,4
FR	-3,4	96,0	1,2	-3,0	96,4	1,4	-3,2	96,7	1,7
IT	-2,4	132,6	0,9	-2,2	133,1	0,9	-2,3	132,5	1,1
CY	0,4	107,8	2,8	0,2	103,4	2,5	0,7	99,8	2,3
LV	0,0	40,1	2,0	-0,8	38,5	3,2	-1,8	36,0	3,5
LT	0,3	40,2	2,3	-0,4	42,4	2,9	-0,2	38,9	3,1
LU	1,6	20,0	4,2	0,2	22,0	4,3	0,3	22,3	4,4
MT	1,0	58,3	5,0	0,5	55,8	4,6	0,8	52,5	4,4
NL	0,4	62,3	2,2	0,5	59,8	2,1	0,8	57,2	1,8
AT	-1,6	84,6	1,5	-1,3	82,8	1,7	-1,0	81,2	1,7
PT	-2,0	130,4	1,4	-1,8	128,5	1,8	-1,9	126,2	1,6
SI	-1,8	79,7	2,5	-1,4	77,8	3,3	-1,2	75,5	3,1
SK	-1,7	51,9	3,3	-1,3	51,5	3,0	-0,6	49,8	3,6
FI	-1,9	63,6	1,4	-2,2	65,5	1,3	-1,8	66,2	1,7
Euro-Zone	-1,5	91,3	1,8	-1,4	90,3	1,7	-1,3	89,0	1,8
EU (28)	-1,7	85,1	1,9	-1,6	84,8	1,9	-1,5	83,6	1,9

Haushaltssaldo und Gesamtverschuldung in Prozent des BIP; BIP = jährliche prozentuale Veränderung
Quelle: Europäische Kommission

> Nach der weltweiten Wirtschaftskrise ist inzwischen in allen EU-Mitgliedstaaten eine Erholung zu beobachten. „Europa verzeichnet nun bereits im fünften Jahr in Folge Wachstum, unterstützt von der akkommodierenden Geldpolitik, starkem Vertrauen der Unternehmen und Verbraucher sowie einer Verbesserung des Welthandels“, sagte EU-Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre Moscovici bei der Präsentation der Frühjahrsprognose zur Konjunkturentwicklung. „Auch ist es erfreulich, dass die große Unsicherheit, die wir in den letzten zwölf Monaten erlebt haben, langsam zu schwinden scheint“, sagte er.

Doch nähmen die Zahl der Beschäftigten und die Investitionen in den Euroländern nicht gleich stark zu. „In den kommenden Monaten und Jahren wird eine unserer Hauptaufgaben

darin bestehen, gegen die Ursachen für diese Diskrepanzen vorzugehen“, so Moscovici. Etwa, indem wichtige Reformen wie Öffnung der Märkte für Waren und Dienstleistungen, Modernisierung der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme in allen Ländern angepackt würden, sagte Valdis Dombrovskis, der für den Euro und sozialen Dialog zuständige Kommissionsvizepräsident. „Die Volkswirtschaften, die ehrgeizigere Strukturereformen umgesetzt haben, verzeichnen bessere Ergebnisse“, erklärte er.

Die Kommission hat ihre Wachstumsprognose für den Euroraum und die gesamte EU für das laufende Jahr gegenüber der Wintervorhersage angehoben. Als Hemmnis betrachtet sie die vorübergehend wohl ansteigende Inflationsrate, weil sich durch Preissteigerungen die Kaufkraft der

Menschen verringert. Zudem würden die privaten und öffentlichen Investitionen von der nach wie vor hohen Verschuldung und der Tatsache gedämpft, dass Banken und Unternehmen weiterhin damit zu tun hätten, ihre Bilanzen in Ordnung zu bringen. Risiken, die ihr Wachstumsszenario in Frage stellen könnten, sieht die Kommission aber nun nicht mehr in Europa selbst, sondern vor allem auf außenwirtschaftlicher Ebene. Sie nennt die Unwägbarkeiten der US-Wirtschafts- und Handelspolitik, erhöhte geopolitische Risiken, „ungeordnete“ Anpassungsprozesse in China und die Anfälligkeit der Schwellenländer.

Für Deutschland gehen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und die EU-Kommission davon aus, dass die wirtschaftliche Entwicklung weiter robust bleibt. Die Inlandsnachfrage sei gut und die Beschäftigung auf Rekordniveau. Das führe auch zu steigenden Steuereinnahmen. Nach der neuesten Berechnung des Arbeitskreises Steuerschätzung können Schäuble und seine Amtskollegen in den Bundesländern bis 2021 mit insgesamt 54,1 Mrd. Euro mehr an Steuereinnahmen rechnen als bisher erwartet.

Haushaltssanierung kommt voran

Bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte erwartet die EU-Kommission weitere Fortschritte. Haushaltsdefizite und Gesamtverschuldungsquoten dürften im Schnitt sinken. Deutschland käme laut Prognose 2018 mit einer Verschuldungsquote von 63,8 Prozent der Vorgabe des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 60 Prozent schon wieder recht nahe. (frh/ank) >

Frühjahrsprognose 2017

Arbeitslosigkeit sinkt weiter

Obwohl sich der abnehmende Trend bei der Arbeitslosigkeit weiter fortsetzt, bleiben die Arbeitslosenzahlen in vielen Ländern nach wie vor hoch. Im Euroraum wird erwartet, dass die Arbeitslosenquote von 9,4 Prozent im Jahr 2017 auf 8,9 Prozent im Jahr 2018 fallen wird – der niedrigste Wert seit Anfang 2009. In der EU insgesamt zeichnet sich ein ähnlicher Trend ab: Die Arbeitslosigkeit soll 2017 auf 8,0 Prozent und 2018 auf 7,7 Prozent zurückgehen. Das wäre der niedrigste Wert seit Ende 2008.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 22.05.2017 18.30–21.00 Uhr	Kino Europa „Ma Vie de Courgette“ (Mein Leben als Zucchini) Filmvorführung Veranstalter: Europe Direct München, Europäisches Parlament München	Gasteig München Rosenheimer Straße 5 81667 München	www.europarl.de/view/de/informationsbuero_muenchen.html
> 23.05.2017 10.00–21.00 Uhr	„European Solidarity Corps: background, implementation approaches, perspectives“ Konferenz Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/
> 23.05.2017 12.30–14.00 Uhr	„Die EU-27, der Brexit und Rom“ IEP-Mittagsgespräch Veranstalter: Institut für Europäische Politik (IEP)	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://iep-berlin.de/blog/forum/iep-mig-mit-martin-kotthaus/
> 24.05.2017 11.30 Uhr	„Wie Europa begann - ein Zeitzeuge erinnert sich“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Europa-Union LV RLP	St. Katharina-Realschule Luitpoldstraße 28 66849 Landstuhl	www.europa-union-rlp.de/
> 24.05.2017 16.00–18.30 Uhr	„Integration der Jugend in Europa. Arbeitsmarkt, Soziales, Wahlen“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Euractiv Deutschland	Henry-Ford-Bau Freie Universität Berlin Garystraße 35 14195 Berlin	https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSc3FdkTHhFOhKnYGd36biJo_WJi3Vs-BesOfZ4prhrh3odPspg/viewform?c=0&w=1
> 26.–27.05.2017 11.00–17.00 Uhr	„Europäischer Sozialfonds auf Tour in Saarbrücken“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europäischer Sozialfonds für Deutschland	EUROPA-Galerie Trierer Straße 1 66111 Saarbrücken	www.esf.de/portal/SharedDocs/Meldungen/DE/2017/2017_05_05_tour_saarbruecken.html
> 29.05.2017 09.00–16.15 Uhr	„Ein Europa, das mich schützt – in der EU, in Deutschland und in NRW?“ Medienworkshop Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Köln	VHS-Studienhaus am Neumarkt Cäcilienstraße 35 50667 Köln	www.ize-koeln.de/de/
> 30.05.2017 12.15–13.45 Uhr	„Are We Up for a Re-nationalization of Regulation?“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: SAFE – Sustainable Architecture for Finance in Europe	House of Finance Goethe-Universität Theodor-W.-Adorno-Platz 3 60323 Frankfurt a. M.	http://safe-frankfurt.de/events.html
> 30.05.2017 15.00 Uhr	„Preisverleihung des 64. Europäischen Wettbewerbs“ Verleihung der Landespreise Schleswig-Holstein Veranstalter: Ministerium für Schule und Berufsbildung	Landeshaus Kiel Düsternbrooker Weg 70 24105 Kiel	www.europatermine.de/termine/datum/2017/mai/30/termin/einzel/preisverleihung_des_64_europaeischen_wettbewerbs.html
> 02.06.2017 12.30–13.45 Uhr	„Eine Fiskalkapazität für den Euroraum?“ Mittagsgespräch mit Reimer Böge, Mitglied des Europaparlaments Veranstalter: Institut für Europäische Politik (IEP)	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://iep-berlin.de/blog/forum/mig-mit-reimer-boege/

> **Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de**

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

FILMFESTIVAL IN CANNES

EU-MEDIA-Programm nutzt die Bühne zur Präsentation

Wenn es vom 17. bis 28. Mai beim Filmfestival von Cannes wieder um die „Goldene Palme“ geht, wird auch MEDIA, das EU-Förderprogramm für die audiovisuelle Branche, im Blickpunkt stehen. Insgesamt 20 durch das Programm geförderte Filme sind im Rahmen des renommierten Festivals zu sehen, acht laufen im Wettbewerb. Darüber hinaus präsentiert sich MEDIA in Cannes aber auch mit zahlreichen Events. So organisiert die EU-Kommission am 22. Mai eine weitere Ausgabe des „European Film Forum“. Dabei steht unter anderem eine Podiumsdiskussion über die Zukunft des MEDIA Programms auf der Agenda.

Weitere Veranstaltungen beschäftigen sich damit, wie sich europäische Filme besser weltweit vermarkten lassen oder welche Auswirkungen Video on Demand auf die Branche hat. Um Netzwerke für internationale Koproduktionen geht es beim Programm „Producers on the Move“. Und am Stand von „Creative Europe“ werden von MEDIA geförderte Projekte vorgestellt.

■ [Creative Europe Media](#)

ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Lücken beim Schutz von Passagierrechten schließen

Reisende in der EU haben viele Rechte, auf die sie sich berufen können, wenn etwas schief geht. So gibt es Ansprüche auf Entschädigung oder Unterstützung, wenn Flüge überbucht sind, ausfallen oder sich um eine bestimmte Zeit verspäten. Auch für den Ersatz von verlorengegangenen Gepäck gibt es EU-Vorschriften. EU-Passagierrechte existieren für Flug-, Zug-, Schiff- und Busreisende.



Da die Rechte immer nur für die Nutzung eines Verkehrsmittels gelten, gibt es nach Ansicht der EU-Kommission aber Regelungslücken für Passagiere, die bei ihrer Reise das Transportmittel wechseln. Die Kommission prüft derzeit Möglichkeiten, wie solche Lücken geschlossen werden können. Sie hat eine öffentliche Konsultation gestartet, die noch bis zum 25. Mai läuft. Über folgende Internetseite können alle Interessierten der EU-Kommission ihre Ansichten mitteilen:

■ [EU-Initiative für Passagierrechte](#)

KAMPAGNE „EUROPA IN MEINER REGION“

Den Nutzen der EU vor der eigenen Haustür entdecke

Über 94 Prozent des EU-Haushalts werden zum Nutzen von Bürgern, Regionen, Kommunen, Landwirten oder Unternehmen ausgegeben. Überall in der EU werden Projekte und Programme unterstützt. Zum Beispiel werden innovative Unternehmen gefördert, Straßen gebaut und kulturell wertvolle Gebäude restauriert. Fortbildungs- und Integrationsprogramme werden genauso gefördert, wie die Entwicklung des ländlichen Raums. Nicht immer wissen die Bürger von EU-Förderung vor ihrer Haustür. Die Kampagne „Europa in meiner Region“ soll die EU-Projekte sichtbar machen.

Zum Auftakt mit EU-Kommissar Günther Oettinger in Wismar wurde auch eine Publikation mit „Erfolgsgeschichten in Deutschland“ vorgestellt. In den kommenden Wochen öffnen viele geförderte Projekte im ganzen Land ihre Türen – in der ganzen EU sind es Tausende. Eine interaktive Karte gibt Auskunft über die Orte. In Bremen kann man bei der Schnitzeljagd „Cache me – you can“ etliche Orte entdecken, die mit EU-Mitteln umgestaltet wurden. Hobbyfotografen können beim Wettbewerb „Europe in my Region“ bis zum 28. August ihre Lieblingsprojekte vorstellen. Für Schreibbegeisterte gibt es einen Blog-Contest zum gleichen Thema.

■ [Europa in meiner Region](#)

„GENERATION ERASMUS+“

Virtueller Treffpunkt für Diskussionen eingerichtet

Seit 30 Jahren gibt es das erfolgreiche Austausch- und Bildungsprogramm der EU „Erasmus“, inzwischen zu „Erasmus+“ weiterentwickelt. Gut neun Millionen Menschen haben in dieser Zeit ihre Erfahrungen damit gemacht: Studierende, Auszubildende, Freiwillige, Lehrkräfte und Betreuer. Sie alle bilden die „Generation Erasmus“, für die die EU-Kommission nun ein neues Internetportal eingerichtet hat. Es soll virtueller Treffpunkt zum Erfahrungsaustausch, zum Aufbau von Netzwerken und zur Diskussion über die Weiterentwicklung von Erasmus+ nach dem Jahr 2020 sein.

„Erasmus+ ist eines der stärksten Werkzeuge der EU“, sagte der für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständige EU-Kommissar Tibor Navracsics. „Um seine Bedeutung und seinen Erfolg immer weiter zu steigern, ist es unverzichtbar, das Programm in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren weiterzuentwickeln.“ Die Webseite soll zahlreiche Hilfsmittel dafür bereitstellen. Es können zum Beispiel Tipps zu Erasmus+ geteilt, Diskussionsgruppen eingerichtet, Veranstaltungen geplant und Abstimmungen über bestimmte Vorschläge abgehalten werden.

■ [Erasmus+ Generation](#)